

Reportagen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **77 (2004)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutsche Bundeswehr 2004: Logistik von den Kürzungen besonders betroffen

VON HARTMUT SCHAUER

Neuerliche Reform schützt die Menschen nicht vor Terror.

Bekanntlich ist alles immer in Bewegung und dieser Grundsatz gilt besonders für die deutschen Streitkräfte. Viele der früher versprochenen Reformen haben zwar noch gar nicht begonnen, aber schon kündigen die Politiker neue Strukturen und Änderungen an.

Danach wagt die Bundeswehr nach dem neusten Umbau den Sprung in die Zukunft und erhält ein neues Gesicht. Zuerst möchte der Verteidigungsminister die Egoisten der Teilstreitkräfte beenden. Weitgehend aufgehoben soll daher die starre Aufteilung zwischen Heer, Luftwaffe und Marine werden; eine schon längst überfällige Entscheidung auf deren Umsetzung man gespannt sein kann. Geplant ist die Aufteilung in Einsatz-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte, die aufgabenorientiert ausgebildet, ausgerüstet und einsetzbar sind. Zusätzlich sollen die Rüstungsinvestitionen bis zum Jahr 2016 um 26 Milliarden Euro gekürzt werden. Die Truppenstärke verringert sich weiter von 280 000 auf nur noch 250 000 Soldaten (195 000 Berufs- und Zeitsoldaten, 55 000 Wehrpflichtige). Nur 75 000 zivile Mitarbeiter verdienen künftig ihr Geld beim «Bund».

Obwohl das Ende der Wehrpflicht immer näher rückt und sie als Folge des stark abnehmenden Bedarfs und

der geringen Zahl der einberufenen Rekruten nur noch dem Namen nach existiert, bleibt sie vermutlich noch bis zum Jahr 2010 erhalten. Für ihren möglichst sinnvollen Einsatz wurde das «Koppelungsverfahren» entwickelt. Wehrpflichtige dienen künftig in eigenen Einheiten, die an Profiverbände «angekoppelt» werden sollen. Bei Auslandseinsätzen, oder wenn es wirklich ernst wird, werden die Wehrpflichtigen «abgekoppelt»!

Eine flexible Eingreiftruppe in einer Stärke von 35 000 Mann mit «hoher Abschreckungswirkung» soll in «streitkräftegemeinsamen vernetzten Operationen hoher Intensität in allen Dimensionen (Land-, Luft-, See-, Welt- und Informationsraum rasche Erfolge gegen einen vorwiegend militärisch organisierten und konventionell kämpfenden Gegner bei minimierten eigenen Verlusten erzielen».

Etwas kürzer und verständlicher: Eingreiftruppen sollen durch Kampfeinsätze den Frieden erzwingen. Aus diesem Topf kommen die Kräfte für internationale Missionen, die EU-Eingreiftruppe, für die Vereinten Nationen und die Nato-Response Force. Unter nationaler Verantwortung bleiben lediglich 1000 Spezialkräfte für besondere Einsätze.

70 000 Stabilisierungskräfte werden in den Krisenregionen den Frieden sichern, beispielsweise auf dem Balkan und in Afghanistan. Sie erledigen dort Aufgaben «niedriger und mittlerer Intensität» im breiten Spektrum friedensstabilisierender Aktionen gegen einen «teilweise militärisch organisierten und asymmetrisch kämp-

fenden Gegner». Dies soll laut den doch sehr blauäugigen Planungen bei bis zu fünf gleichzeitig laufenden Operationen möglich sein.

Mit 145 000 Soldaten sorgen die Unterstützungskräfte für den Grundbetrieb (Logistik, Führungsunterstützung, Ausbildung, Sanität) der Bundeswehr im In- und Ausland.

Die herkömmliche, klassische Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff tritt trotz massiver Gefahren in den Hintergrund. Die Bundeswehr operiert zwar auf der ganzen Welt als «Terroristenjäger», aber nicht in Deutschland.

Heer und Logistik stark betroffen

Das Heer trägt heute die Hauptlast der Auslandseinsätze und muss trotzdem den Hauptteil der Kürzungen von über 15 Milliarden Euro übernehmen. Die Luftwaffe trifft es bei ihren fliegenden «Prestigeprojekten» dagegen mit drei Milliarden weniger hart, wobei es fraglich ist, wie man beispielsweise mit einem sündhaft teuren «Eurofighter» Soldaten am Boden vor Selbstmord-Attentätern schützen kann.

Bei der Marine betragen die Einsparungen über sechs Milliarden Euro, statt sechs (!) «typenübergreifenden Flotten» genügen künftig schon zwei.

Die Zahl der Divisionskommandos verringert sich künftig von acht auf fünf.

Leichte Kräfte verdrängen zunehmend die schweren Verbände. So wird die Panzer- und Panzergrenadiertruppe um weitere 50 Prozent reduziert, die Panzeraufklärer sogar um 60 Prozent.

Dafür sollen leichtere Fahrzeuge wie der Transporter «Mungo» und der minensichere «Dingo» angeschafft werden. Dagegen bestehen Kürzungsplanungen auf nur noch 200 Stück bei der Anschaffung von minensicheren gepanzerten Transportern «Boxer» sowie bei Transport- und Kampfhubschraubern. Auch der Minenschutz «Aamis» soll wegfallen. Nur 400 neue Schützenpanzer

«Puma» ersetzen einen Teil des total veralteten Materials und auch die ursprünglich 3000 Raketen für das Waffensystem «Mars» werden erheblich zusammengestrichen.

Diese Reduzierungen betreffen vor allem die im Auslandseinsatz stehenden Soldaten und steigern erheblich die Risiken. Der Heeresinspekteur Gert Gudera warf nach diesen Ankündigungen aus dem rot-grünen Lager entnervt das Handtuch und wechselte im Januar 2004 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Hans-Otto Budde, ehemals Chef der Division Spezielle Operationen in Regensburg, zu der auch die deutschen «Special Forces» vom KSK gehören.

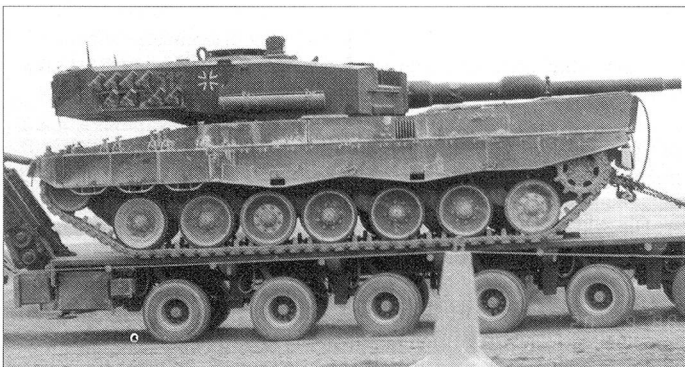
Als Folge der drastischen Einsparungen vermindert die Bundeswehr auch die Standorte von bisher 500 um mindestens weitere 100 Kasernen.

Bereits im Jahr 2004 fallen allein 21 Logistikstandorte mit rund 50 Logistikdienststellen vollkommen weg, zwölf werden stark verkleinert. Dabei handelt es sich um Munitionsdepots, Materiallager Instandsetzungswerke oder Luftwaffenwerften, die bereits durch vorangegangene Reduzierungen überflüssig geworden sind und mit weiteren «Anpassungen» ist zu rechnen. So verlieren im hessischen Ort Wispertal 420 Beschäftigte des Gerätehauptdepots ihren Arbeitsplatz. Dagegen kosten die Auflösung des Munitionsaussenlagers Immenlingen in Baden Württemberg nur einem Mann den Job.

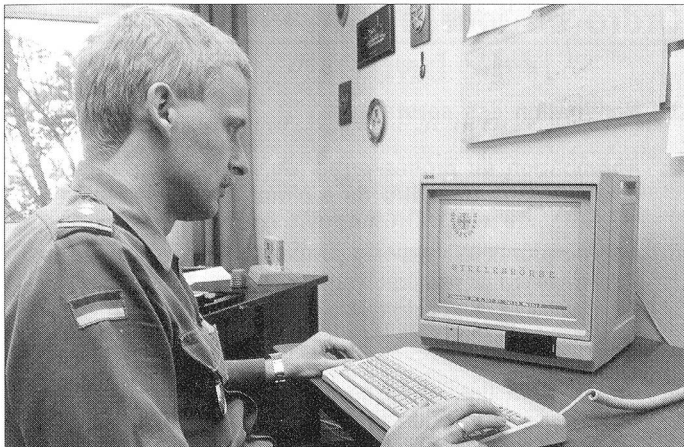
Einsatz im Innern

«Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt», sagte Minister Struck im Dezember 2003. Eigentlich müssten aber die Sicherheitsbedürfnisse der eigenen Bürger an erster Stelle stehen. Damals waren die Bomben in Madrid noch nicht explodiert und 200 Menschen noch am Leben. Seit September 2001 starben im weltweiten Krieg gegen den Terror Tausende Unschuldige bei Anschlägen und ein Ende dieses Schreckens ist nicht absehbar.

Die deutsche Regierung schafft zwar überall auf der Welt Frieden und schützt angeblich durch ihren vorbeugenden Einsatz am Hindukusch



Die schweren Kampfpanzer gehen ins Altenteil.



Die Bedeutung der Bundeswehr als Arbeitgeber schwindet.

ihre Bürger vor den Terroristen, aber die eigentliche Landesverteidigung hat trotz der aktuellen dramatischen Bedrohung, die man nicht auf innere und äussere Ursachen reduzieren darf, nachrangigen Charakter. Für die Gewährung von Sicherheit genügen nach Auffassung der Staatsorgane Polizei und Nachrichtendienste. Eine militärische «Hilfspolizei» wird nicht benötigt.

Haben die Verantwortlichen eigentlich noch immer nicht begriffen, dass nicht nur aus dem Osten angreifende riesige Panzerarmeen, sondern auch aktuelle terroristische Bedrohungen von «ausen» kommen und durchaus den im Grundgesetz formulierten «Verteidigungsfall» auch in formalen «Friedenszeiten» auslösen können? Warum schützen die deutschen Streitkräfte nicht primär die eigene Bevölkerung gegen die derzeit wahrscheinlichste Bedrohung, den Terrorismus; ist dies nicht auch eine Art «Landesverteidigung»? Aber vermutlich müssen erst Hunderttausende Unschuldige sterben und die Schmerzgrenze überschritten sein, bevor die Verantwortlichen aufwachen, das ganze Ausmass der Gefahr erkennen und konsequent handeln.

Gegenwärtig streiten sich Regierung und Opposition noch heftig und kleinlich um den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Eigentlich müsste der Staat auf Grund der neuen Situation doch alles tun, um alle für den Schutz der Bürger verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren und die Kräfte zu bündeln, ob Polizisten, Soldaten oder Rettungskräfte ist dabei völlig gleichgültig. Aber die Regierung befürchtet die «Militarisierung der Gesellschaft» und möchte dies aus

ideologischen Gründen vermeiden. Allenfalls das Luftsicherheitsgesetz soll geändert werden. Nach derzeitiger Rechtslage dürfte ein mit Sprengstoff beladenes Flugzeug, das beabsichtigt, sich in ein Stadtzentrum zu stürzen, nicht von Abfangjägern abgeschossen werden. Lieber wird der Tod vieler unschuldiger Menschen in Kauf genommen als sinnvolle Zugeständnisse zu machen, Bequemlichkeit und Prestigedenken aufzugeben. Dabei ist den Politikern schon lange bekannt, dass gewisse Bedrohungsformen nur von der Bundeswehr bekämpft werden können. Neben der Bedrohung aus der Luft (hier sind in Kürze Änderungen zu erwarten) gibt es auch die von See und vor allem in der ABC-Abwehr. Auch der Objektschutz, der die Polizeikräfte schon heute überfordert, kann von Soldaten übernommen werden und degradiert diese keinesfalls zur Hilfspolizei. Auch die Spezialkräfte verfügen gerade in der Bekämpfung von Terroristen und Banden über Kapazitäten, von denen die Polizei nur träumen kann. Aber alle diese erdrückenden Fakten genügen bisher nicht, das vorhandene riesige militärische Potenzial sinnvoll zu nutzen und mit ihm die Lücken im Fähigkeitsprofil staatlicher Macht zu schliessen.

So ist abschliessend zu sagen, dass die neuerliche Reform der Bundeswehr am eigentlichen Kern vorbeigeht und wenig für die Erhöhung und Sicherheit des deutschen Volkes beiträgt. Früher oder später kommt eine wirklich grundlegende Reform mit realistischen Schwerpunkten. Vermutlich tritt sie aber erst dann ein, wenn «das Kind in den Brunnen gefallen ist!»

Dann das Beispiel «Sasser»

VON MEINRAD A. SCHULER

Da erreicht uns die Nachricht, dass sich das United States Marine Corps für die Implementierung einer Enterprise Business Intelligence-Lösung von Cognos entschieden habe, dem weltweit führenden Anbieter von Business Intelligence- und Corporate Performance Management-Lösungen. Das U.S. Marine Corps wird Cognos ReportNet in das Total Forces Administration System (TFAS) integrieren und damit rund 225 000 Personal- und Lohndaten abrufen und zu Reports zusammenstellen können. TFAS – übrigens ein preisgekröntes Online-Personal-System – dient in erster Linie der Optimierung von Prozessen durch die Automatisierung der Personalverwaltung, die bessere Zugänglichkeit der Daten für die Anwender und die effiziente Unterstützung von Self-Service-Angeboten. TFAS ermöglicht den Zugriff auf persönliche Datensätze wie Lohn/Gehalt, Leistungsbeurteilungen, Einsätze per Telefon oder Internet – überall, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. «Wir brauchen eine starke und sichere Web-Reporting-Lösung, die sich für die Unterstützung einer global verteilten Organisation skalieren lässt und die die Integrität der vertraulichen Mitarbeiter- und Lohndaten schützt», berichtet Major Steve Simons, TFAS Project Officer.

Dass auch die modernsten EDV- und Web-Lösungen Tücken haben können, beweist das «PISA-Modell» der Schweizer Armee. Es herrscht ein totaler Wirrwarr. Nur menschliche Improvisation kann Schlimmes verhindern helfen.

Oder plötzlich streikten die Computer der gesamten britischen Küstenwache – wegen des Computerwurms Sasser. Auf allen 19 Stationen der britischen Küstenwache begannen die Computer verrückt zu spielen. Grund: Der Computerwurm Sasser hatte die Rechner infiziert. Den Beamten blieb nichts anderes übrig, als sich auf vergangene Zeiten zu besinnen: Mit herkömmlichen Karten, Papier und Bleistift versuchten sie, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Telefone und Funkgeräte blieben intakt – aber sämtliche Fax- und Telexmaschinen fielen ebenfalls aus.

Obwohl es scheinbar relativ einfach gewesen wäre, sich vor Sasser zu schützen, verbreitete sich der Virus mit explosionsartiger Geschwindigkeit im Internet. Laut Schätzungen von Experten hat Sasser bereits sechs Millionen Rechner angegriffen. In Taiwan lähmte der Wurm einen Drittel der Postfilialen. In Finnland schloss die drittgrösste Bank des Landes, SampO, ihre 130 Zweigstellen.

Die US-Virenschutzfirma Panda Software schätzt sogar, dass die B-Version des neuen Wurms bereits mehr als drei Prozent aller Computer weltweit befallen hat. Das entspräche bis zu 18 Millionen infizierten Rechnern.

Reiner Terror, der eigentlich nicht nur Computer und andere Kommunikationsmittel weltweit lahmlegen kann. Auf ähnliche Art könnten ebensogut beispielsweise Strom- oder Wasserversorgungen betroffen werden.

Apropos Sasser! Davon betroffen ist auch die Redaktion ARMEE-LOGISTIK, was zu unliebsamen Verzögerungen der Kommunikation führte. Der Rattenschwanz wurde damit perfekt und die geplanten Zeiten konnten nicht mehr eingehalten werden. Fazit: Verzögerung des Redaktionsabschlusses, Rückgriff auf ursprüngliche Mittel und damit Rückbesinnung auf die ursprünglichen Werte. ARMEE-LOGISTIK hofft auf das Verständnis der Leserinnen und Lesern zählen zu können. Zu hoffen bleibt, dass sich ein solcher Terror nicht plötzlich bei Ernstfällen der Armee und Polizei einsetzt. In dieser Beziehung zeigt doch der nebenstehende Beitrag unseres Mitarbeiters Hartmut Schauer ein deutlicher Warnzeigefinger auf ...